

29. 06. 2011

### **Verwaltungsgericht sagt: "Stopp!", Bezirksregierung verkündet: "Weitermachen!?" Bezirksregierung übt Transparenz - leider ohne Erfolg!**

Vor einem Monat hat das Verwaltungsgericht Düsseldorf die Genehmigung der CO-Pipeline für teilweise rechtswidrig und damit nicht vollziehbar erklärt. Und was meldet jetzt die Bezirksregierung an die Presse? Bayer soll mit seinem Murks weitermachen dürfen und hat die Genehmigung bekommen, die stillgelegten Baustellen wieder in Betrieb zu nehmen.

Über die Gründe für die Weiterbau-Genehmigung schweigt sich die Bezirksregierung aus. Wir kennen nur die technischen Regeln: Die Isolation und damit der kathodische Korrosionsschutz ist in Mantelrohren schwierig und sollte deshalb laut TRFL vermieden werden. Scheinbar weiß die Bezirksregierung nun nach 9-monatiger Prüfung der Schadstellen mehr. Leider informiert sie die betroffenen Bürger nicht, obwohl Regierungspräsidentin Anne Lütkes "größtmögliche Transparenz" versprach. Mit einer so lapidaren Pressemitteilung wird sie die nicht erreichen.

Da reibt sich der mündige und informierte Bürger die Augen und es steigt die Wut hoch. Soll das Handeln nach Recht und Gesetz sein, wo dieselbe Bezirksregierung dem Landtag am 24. Juni 2011 noch mitgeteilt hat: "Die schriftliche Begründung (Anm.: des Urteils) liegt noch nicht vor. [...] Wenn die schriftlichen Begründungen vorliegen, wird die Bezirksregierung Düsseldorf in der gebotenen Sorgfalt und ergebnisoffen prüfen, welche Schlussfolgerung zu ziehen sind."

Wir fragen: Wie kam es zu dieser plötzlichen Wendung kam und wer hat "Druck" gemacht?

13. 06. 2011

### **News im Bayer-Nachhaltigkeitsbericht 2010 zur CO-Pipeline - weiter Nebelkerzen für Öffentlichkeit und Börse**

Da wiederholt Bayer auf Seite 30 des 72 Seiten Berichtes - auch noch unter News - in einer kurzen Notiz zur umstrittenen Bayer-Giftgas-Pipeline alte Falschmeldungen. Die Überschrift "CO-Pipeline übertrifft Sicherheitsstandards" stammt noch aus den ersten Werbeschriften und ist ein Affront gegen Verwaltungsgerichte und Bezirksregierung.

Schon im Dezember 2007 hatte des Oberverwaltungsgericht in Münster die Inbetriebnahme wegen Bedenken gegen den Planfeststellungsbeschluss abgelehnt: Bayer erhielt damals aber die Möglichkeit, "auf eigenes Risiko die Leitung zu Ende zu bauen." Bayer hatte damals den Weiterbau "mit der Erforderlichkeit von Maßnahmen zur Vermeidung von Innenkorrosion" begründet.

Und bereits im Mai 2009 lehnte das Verwaltungsgericht Düsseldorf die von Bayer beantragte vorzeitige Inbetriebnahme ebenfalls ab, weil "das Sicherheitsniveau der Pipeline entscheidungserheblich abgesenkt worden" sei.

Auch der erste Satz behauptet etwas, was den Fakten sichtbar nicht standhält: "Bayer hat zwischen den deutschen Standorten Dormagen und Krefeld-Uerdingen eine 67 Kilometer lange Pipeline zum Transport von Kohlenmonoxid errichtet." Dass die Pipeline keineswegs "errichtet" ist, kann leicht in Hilden, Beckersheide 14 nachgeprüft werden. Dort liegt ein 20

Meter langes Rohrstück - gut sichtbar aufgebahrt - direkt an der Trasse. Dort geht es wegen offensichtlicher Baufehler Bayers schon seit September 2010 nicht weiter.

So handelt es sich auch bei der dann folgenden Begründung zur Verzögerung der Inbetriebnahme "wegen gerichtsanhängiger Klagen gegen das Projekt und durch behördliche Auflagen" angesichts der mehr als 200 Einzelabweichungen von der ursprünglichen Planfeststellung um den üblichen "Haltet der Dieb"-Ablenkungsruf von Bayer in diesem Verfahren.

Da mit solchen Formulierungen Bayer nicht nur die Öffentlichkeit sondern auch mögliche Anleger getäuscht werden sollen, könnte das auch ein Fall für die Börsenaufsicht werden.

24. 05. 2011

### **Weiterer Etappensieg zum Stopp der CO-Pipeline. Initiative geht gestärkt in die nächsten Runden**

Hier unsere Pressemitteilung zu dem heute verkündeten Urteil des Verwaltungsgericht Düsseldorf zur Bayer-CO-Pipeline. Wir haben Ihnen auch ein Bild unseres neuesten Mahnmahls beigefügt. So fest und auf so lange Zeit ist unser Widerstand eingestellt.

Der Vorsitzende der 3. Kammer des Verwaltungsgericht Düsseldorf Dr. Schwerdtfeger verkündete zunächst die Kostenentscheidung und diese fiel schon deutlich zu Lasten der beklagten Bezirksregierung und der Beigeladenen Bayer aus.

Dass der Planfeststellungsbeschluss als rechtswidrig und nichtvollziehbar beurteilt wurde, bedeutet:

- Baustopp an der gesamten CO-Pipeline; die technische Fertigstellung muss warten und Bilder der vor sich hinrottenden Rohre auf enteignetem Boden werden weiter am Image von Bayer kratzen.
- Der damalige Regierungspräsident Büssow, Bayer als Bauherr und der begutachtende TÜV haben sich bis auf die Knochen blamiert und sind bloßgestellt. Wer es nicht schafft europaweit anerkannte Regeln zur Erdbebensicherheit anzuwenden und zwingend vorgegebene Überprüfungen des Bodens und der oberirdischen Teile - wie Rohrbrücken - für unnötig erachtet und dann in seinen Verlautbarungen noch von einer "sicheren Pipeline" faselt, hat jegliche Glaubwürdigkeit verspielt.

In anderen Punkten ist das Gericht bei seiner Auffassung aus dem Jahr 2007 geblieben und hat die Klagen zurückgewiesen:

- Das Rohrleitungsgesetz (Enteignungsgesetz) und in der Planbegründung sah es sich durchaus im Gegensatz zu der Auffassung des Oberverwaltungsgerichtes und wollte doch die Enteignungen nicht als rechtswidrig ansehen.
- Auch die fehlende Prüfung von Alternativtrassen spielte keine Rolle genauso wie
- Rost und Mängel an den Rohrleitungen, die von dem Gutachter für unwichtig erklärt wurden. Zitat: "Denken Sie daran, wie rostig die Stahlstreben sind, die in Stahlbeton eingebaut werden. Das ändert an der Sicherheit des so entstandenen Gebäude gar nichts."

Der Vorsitzende wies selbst klar und deutlich auf die unterschiedlichen Rechtsauffassungen zu dem nächst instanzlichen Oberverwaltungsgericht hin. Die rechtlichen Prüfungen

belassen wir als Initiative weiter vertrauensvoll in den Händen der Kläger und deren hervorragenden Anwälten.

Wir freuen uns, dass wir nun gestärkt in die nächsten Runden im Kampf um Gesundheit, Leben und bürgerliche Rechte der betroffenen Anwohner dieser Giftröhre gehen. Deshalb verweisen wir auf unser jüngst eingeweihtes Mahnmahl, den Knoten, der sich immer enger um die Giftröhre schließen soll.

Im Verfahren der Kläger Muhr und Schiefer gegen die Planfeststellung in Sachen CO-Pipeline hat die 3. Kammer des Verwaltungsgerichts Düsseldorf soeben die mündliche Verhandlung geschlossen und Termin zur Verkündung einer Entscheidung anberaumt auf morgen, Mittwoch, den 25. Mai 2011, 14.00 Uhr, Glasdachhalle des Verwaltungsgerichts Düsseldorf.

Sitzplätze für Besucher werden morgen im Rahmen des verfügbaren Platzangebots (von etwa 70 Plätzen) nach dem Prioritätsprinzip vergeben. Der Einlass beginnt um 12.00 Uhr. Hinweis für Medienvertreter: Für die akkreditierten Medienvertreter stehen weiterhin reservierte Sitzplätze zur Verfügung.

Hinweis zu den Einlasskontrollen: Beim Betreten des Gerichtsgebäudes findet eine Ausweis-, Personen- und Gepäckkontrolle statt. Dadurch kann es zu Wartezeiten kommen. Bitte richten Sie Ihre Ankunft so ein, dass Sie trotz evtl. Verzögerungen pünktlich zum Gerichtstermin erscheinen können.

Parkplätze stehen leider nicht zur Verfügung!

Aktenzeichen: 3 K 1599/07

#### **Tag zwei des CO-Pipeline-Verfahrens - Überraschung schon am Morgen – Verkündung morgen, 25.05., ab 14 Uhr**

Schon am Morgen kam der Nasenstüber - sehr zur Überraschung von Bayer und Bezirksregierung. Deren am Vortag gestellte Anträge auf Fristverlängerung und weitere gutachterliche Untersuchungen zur Erdbebensicherheit wies die Kammer zurück. Beide hatten gehofft, mit solchen Nacharbeiten die Lücken zur Erdbebensicherheit im Gerichtsverfahren schließen zu können. Die Richter machten jedoch klar, dass sie dies als Aufgabe im Planfeststellungsverfahren und nicht des Gerichtsverfahrens sehen.

Der Rohrgutachter machte zunächst klar, dass er sich nicht etwa die detaillierten Planunterlagen und die ausgeführten Arbeiten angeschaut hatte, sondern nur die Übereinstimmung der geplanten Rohrstärken und -qualitäten mit den Normen und dem Stand der Technik abgeglichen hat. So spiegelt der angesetzte Sicherheitsbeiwert von 1.8 eine rechnerische und nicht notwendig eine tatsächliche Sicherheit wider. Vielmehr dient dieser Wert gegenüber dem Standardwert 1.0 als Polster für nahezu alle in der Realität auftretenden Unwägbarkeiten, die nicht in der Planung berücksichtigt werden. So hat er dann auch die Übereinstimmung mit den Regeln bestätigt.

Nach den technischen Fragen ging es um alle sonstigen Fragen, der Verfassungsmäßigkeit des Rohrleitungsgesetzes, des Gemeinwohls, der Planrechtfertigung und der Trassenalternativen. Die Erörterung war lang und breit, ohne dass es wirklich neue Aspekte gab. Danach versuchten Bayer und die Bezirksregierung mit weiterer Gutachterunterstützung doch noch die Erdbebensicherheit zu stützen und auch ihr Hin und Her beim Geogrid zu rechtfertigen.

Kurz vor 18 Uhr gab es eine kurze Pause, bevor der Vorsitzende Richter die Beteiligten zur Abgabe ihrer Schlussanträge aufforderte.

- Die Kläger beantragten, den Planfeststellungsbeschluss aufzuheben und hilfsweise dessen Rechtswidrigkeit festzustellen.
- Die Bezirksregierung möchte, dass die Klage zurückgewiesen wird und hilfsweise die Möglichkeit zur Planänderung oder Planergänzung.
- Bayer beantragte ausschließlich die Klagen zurückzuweisen.

Danach lud der Vorsitzende Richter für morgen, 25. Mai 2011, um 14 Uhr alle Beteiligten, auch die Gutachter, zu dem Verkündungstermin ein.

23. 05. 2011

### **Start des CO-Pipeline-Verfahrens - Rückzieher bei der Geogrid - Änderung - Erdbeben-Gutachter fordert weitere Untersuchungen**

Das Medieninteresse war riesig. Das Verwaltungsgericht hatte den Zugang zum Verfahren für Beteiligte und Interessierte bestens organisiert. Vorsitzender Richter Dr. Schwerdtfeger leitete verständlich und souverän in das Verfahren ein und auch unzulässige Zwischenrufe einer ZuhörerIn konnte er ruhig und bestimmt unterbinden. Nach Darstellung der Chronologie des Verfahrens von 2007 bis 2011 durch Richter Dr. Palm tauchte schon das erste Problem für die beklagte Bezirksregierung auf. War doch die Geogrid-Matte schmaler und das Trassenwarnband anders als in der Planfeststellung vorgeschrieben verlegt und von Ihr im März 2009 per Änderungsbescheid nachgenehmigt worden. Jetzt wollte man diese Änderung einfach wegfallen lassen. Nach Belehrung durch Dr. Schwerdtfeger musste sich die Bezirksregierung zu einer formellen Rücknahme des Änderungsbeschlusses und Bayer zum Verzicht auf weitere Rechtsmittel dagegen bereit erklären. Die Kläger behalten sich aber vor, diese wie die vielen übrigen Änderungsgenehmigungen in diesem Mammutverfahren weiter zu bearbeiten. Vor allem auch, weil Bayer ja schon eine weitere Variante zu Geogrid etc. im Köcher hat, das in das "nächste" Verfahren eingebracht werden muss, da es in diesem Verfahren nicht behandelt werden kann.

Dann konnte der mit etwa einstündiger Verspätung eintreffende Erdbebengutachter Dr. Schwarz gehört und befragt werden. Aus den vielen eher verwirrenden Fragen und Antworten über geologische und seismografische Gutachten, DIN-Normen, Magnituden, Bedeutungsbeiwerte und sogar, welches Kartenmaterial anzuwenden ist, war für den interessierten Beobachter die Quintessenz:

- Gutachter Dr. Schwarz hielt den Nachweis der Erdbebensicherheit der Leitung für möglich, wenn dies in weiteren Untersuchungen, die eigentlich schon bei der Planung der Leitung hätten gemacht werden müssen, bestätigt würde.
- Die Bezirksregierung verteidigte ihr Vorgehen und hielt keinerlei weitere Untersuchungen mehr für nötig.
- Bayer versuchte mit juristischen Spitzfindigkeiten und mit selbst bestellten Gegen-Gutachtern das Gericht zu überzeugen, mit möglichst einfachen Prüfungsverfahren auskommen zu dürfen, diese zu Stand der Technik zu erklären und damit möglichst billig zu bleiben.

Dies als Vorabbericht von der ersten Halbzeit des Tages heute. Morgen auf ein Neues!

18. 05. 2011

## **Bayer-Reaktion auf unsere PK zum Rohrbuch wirft weitere Fragen auf**

Den Reaktionen von Bayer auf unsere gestrige Pressekonferenz entnehmen wir, dass inzwischen auch das zweite Rohrbuch unterschrieben sein soll. Sollte sich dies bestätigen lassen, wirft das weitere Fragen auf:

- Wie und von wem wurde eine Unterschrift geleistet, dass dieser Teil des Rohrbuches auch "abgezeichnet" wurde, obwohl dort der Einbau von Rohren der geringerwertigen, nicht planfestgestellten Stahlsorte L 415 MB dokumentiert ist?
- Wie kann es sein, obwohl dort an vielen Kreuzungsbereiche mit Verkehrswegen und Parallelleitungen der Einbau von Rohren mit geringerer, nämlich 5,6mm Wandstärke statt der planfestgestellten von 6,3mm dokumentiert ist?
- Wie kann es sein, obwohl im Rohrbuch dokumentiert ist, dass die Schweißnähte an vielen Rohren mit Wandstärken von 6,3 und 7,1mm nur einfach geprüft wurden statt der planfestgestellten Röntgen- und Ultraschallprüfung für alle Rohre = 6,5mm?
- Wie kann es sein, obwohl dort Rohre, die zur Verlegung im Mantelrohr geplant waren, jetzt als nicht in einem solchen Schutzrohr verlegt dokumentiert sind?
- Wie kann es sein, obwohl viele Richtungswechsel mit "elastischen Bögen", d.h. durch Biegen von normalen Rohren (5,6mm) auf der Baustelle, statt mit fabrikmäßig vorgefertigten Werksbögen (mit der vorgegebenen höheren Wandstärke von 7,1mm) ausgeführt wurden?

Unsere Schlussfolgerung: Die "TÜV-Zertifizierungen" sind wertlos. Die Bauaufsicht des TÜV-Hessen erweist sich erneut als parteiisch und verdeckt Mängel statt für ihre Beseitigung zu sorgen. Wir erwarten von Landesregierung und Landtag, jetzt endlich politisch im Sinne der betroffenen Bürgerinnen und Bürger zu handeln, da ansonsten das gesamte Pipeline-Bauverfahren völlig aus dem Ruder zu laufen droht.

16. 05. 2011

## **Einweihung eines neuen Mahnmahls gegen die CO-Pipeline in Monheim**

Als weiterer Meilenstein im Kampf gegen die lebensbedrohende CO-Pipeline wird

am Donnerstag, 19. Mai 2011 um 11 Uhr  
in Monheim am Rhein, in der Nähe der "alten Lok",  
Ecke Rathausplatz - Opladener Straße

ein "standfestes, langlebiges und kunstvolles Mahnmal" als ein weiteres Zeichen des andauernden festen Zusammenhaltes der Lokalpolitik in den betroffenen Kommunen im Kampf gegen die Bayer-CO-Pipeline der breiten Öffentlichkeit und Presse eingeweiht. Also oberster Repräsentant des Kreises Mettmann und langjähriger Mitstreiter wird Landrat Thomas Hendele gemeinsam mit ebenfalls eingeladenen Bürgermeistern die "Einweihung" vornehmen.

Damit werden wir auch daran erinnern, dass alle Trassen-Kommunen von Monheim bis Ratingen im Kreis Mettmann, die Städte Solingen, Düsseldorf und Duisburg sowohl in

politischen Beschlüssen als auch in Rechtsverfahren sich seit Jahren gegen dieses Hochrisiko-Projekt gestellt haben.

Diese Kommunen repräsentieren mehr als 1,5 Millionen Bürgerinnen und Bürger und das sollte nicht nur eine Minderheitsregierung sondern alle Landespolitiker dazu bringen, sich baldigst mit Ihrem Anteil an der Misere des CO-Pipeline-Projektes, nämlich dem als Lex-Bayer zur Evaluierung anstehenden Rohrleitungsgesetz zu beschäftigen und dieses nicht weiter vor sich her zu schieben.

Für alle, die mit dem Auto anreisen: Parkmöglichkeiten stehen in der Tiefgarage des Rathauscenters und - in unmittelbarer Nachbarschaft, wie auf dem Bild links zu sehen - ein Freiluftparkplatz zur Verfügung

13. 05. 2011

### **Termin beim Verwaltungsgericht Düsseldorf ab 23. Mai 2011**

hier ein Hinweis auf die anstehende Verhandlung der CO-Pipeline vor dem Verwaltungsgericht Düsseldorf. Wenn Sie sich über den aktuellen rechtlichen Stand direkt informieren möchten, beachten Sie bitte die untenstehenden Informationen des Verwaltungsgerichtes.

- Es sind keine Reservierungen ( außer für Pressevertreter möglich)
- Wer zuerst kommt, erhält Platz, solange die 70 Plätze nicht vergeben sind
- Einlass ist ab 7:30 Uhr und Ausweis-, Personen-, - Gepäckkontrolle ist zu beachten

29. 04. 2011

### **STOPP-CO-PIPELINE auf der Bayer-Aktionärsversammlung**

Vor der Versammlung haben wir mit dem beigefügten Aktionärsbrief (s.u.) und dem CO-Pipeline-Lexikon zahlreiche Aktionäre über das immer noch schwelende Hoch-Risiko-Projekt informieren können. In der heutigen Versammlung hat Dieter Donner in der ersten Rednergruppe das Rederecht erhalten und könnte seine als Anlage beigefügte Rede halten. Dabei konnte er Bezug nehmen auf Redebeiträge vorher sprechender Aktionärschützer, die ebenfalls nicht mit teilweise sehr kritischen Fragen zu den Produktrisiken von Bayer und den Umgang damit geizten.

Besonders treffend und brisant wirkte die neue Entscheidung des Verwaltungsgericht Stuttgart, in der ein Abstand von mindestens 350 Metern zu Wohngebäuden bei einer Pipeline gefordert wurde. Zu dieser Meldung hatte die BILD-Zeitung termingenaue zu der Versammlung die Ausbreitungskeule am Beispiel von Hilden-Süd aus unserem Aktionärsbrief kombiniert. Dort war - durch Bayer bestätigt - von bis zu 790 gefährdeten Einwohnern auch mit tödlichen Folgen die Rede. Das ging ebenso unter die Haut, wie die Frage, wie die Bayer-Verantwortlichen mit einem solchen CO-Super-Gau umgehen wollen. Die Bayer-Führung traute sich darauf noch keine klare Antwort zu, sondern wollte lediglich auf eine weitere Bewertung verweisen.

Zum Schluss gab es Beifall der Aktionäre für die Zusicherung, dass die Initiative nichts gegen Bayer hat, sondern sich Bayer als gesellschaftlich verantwortungsvoll agierendes erfolgreiches Chemieunternehmen wünscht, das Risiken möglichst vermeidet und nicht auszusitzen versucht.

Köln, 29. April 2011

Verehrte Aktionärinnen und Aktionäre,

durch die frühe Drucklegung des Geschäftsberichts 2011 konnte der neueste Informationsstand zur geplanten Kohlenstoffmonoxid (CO)-Pipeline zwischen Dormagen und Krefeld-Uerdingen von Bayer MaterialScience (BMS) nicht mehr berücksichtigt werden:

Nach dem Regierungswechsel in NRW im letzten Jahr hat die neue Regierungspräsidentin in Düsseldorf einen sofortigen Baustopp verhängt. Eine öffentliche, gerichtliche Anhörung von Bayer und Klägern findet Ende Mai 2011 vor dem Verwaltungsgericht Düsseldorf statt. Die für Ende 2007 geplante Inbetriebnahme der Pipeline ist somit auf lange Zeit nicht in Sicht. Dies wurde von Bayer zwar bedauert; die Polycarbonat-Produktion auf der Basis von CO konnte allerdings auch ohne das Risiko der Giftgas-Pipeline am Standort Uerdingen hochgefahren werden.

Die seit vier Jahren andauernden Bürgerproteste entlang der Pipelinetrasse haben die Verantwortlichen zu einer Optimierung der Anlagen in Uerdingen gezwungen und somit auch Ihre Dividende abgesichert. Über 110.000 Bürgerinnen und Bürger haben sich mit ihrer Unterschrift gegen die Pipeline ausgesprochen. Wie in den letzten drei Jahren finden auch am heutigen Tag wieder Aktionen verschiedener Bürgerinitiativen gegen die CO-Pipeline statt.

Die negative Berichterstattung über das Fehlverhalten beim Bau der Pipeline in den Medien hat dem Image des Bayer-Konzerns - insbesondere der Kunststoffsparte BMS - erheblich geschadet:

Aus Kostengründen hat BMS stellenweise den Trassenverlauf, die Sicherheitseinrichtungen und die Stahlrohr-Qualität zu Lasten der Sicherheit der Menschen geändert. Diese Änderungen sollen jetzt nachträglich genehmigt werden - der Ausgang des Verfahrens ist ungewiss.

Ebenso soll eine abschließende zweite Druckprüfung neuer Schweißnähte aus Kostengründen unterbleiben und damit würde eine weitere Risikoerhöhung in Kauf genommen.

Der ursprüngliche Überschuss von CO in Dormagen, als Grund für den Bau der CO-Pipeline angegeben, hat sich mittlerweile in eine Fehlmengende umgekehrt. Für die neue TDI-Anlage in Dormagen muss nun zusätzlich CO erzeugt werden. Im Bayer-Konzern wird mittlerweile über eine anderweitige Nutzung der Pipeline nachgedacht.

Bei der erst nachträglichen Überprüfung der Trasse auf Kampfmittel wie Bomben und Granaten aus dem 2. Weltkrieg - aus Kostengründen oder Nachlässigkeit nur in ausgewählten Bereichen - wurden im Raum Duisburg und Mettmann mehrere Bomben gefunden.

Aufgrund mangelhafter Bürgerbeteiligung verläuft die Pipeline für giftiges CO-Gas durch dicht besiedelte Wohngebiete, an Schulen und Kindergärten vorbei, sogar durch Gärten von Bürgerinnen und Bürgern. Bayer beteuert, die Sorgen und Ängste der Anwohner sehr ernst zu nehmen. Aber in der Praxis zeigt der Konzern genau das Gegenteil und kalkuliert ein Restrisiko offen ein. Ein Hinweis: Kohlenstoffmonoxid ist hochentzündlich, das Einatmen von CO ist nach drei Minuten tödlich.

Die zuständigen Feuerwehren und Rettungskräfte entlang der Pipeline weisen seit 2007 darauf hin, dass sie Verletzte aus dem CO-vergifteten Gebiet nicht retten können. Bayer vereinbarte mit der vorhergehenden Bezirksregierung in Düsseldorf lediglich einen Gefahrenabwehrplan, der sich einzig auf den Leitungsschaden, nicht aber auf die Rettung von betroffenen Menschen bezieht.

*Der Bayer-Konzern nimmt zur Kenntnis, dass ca. 170 Kinder- und Jugendärzte bzw. Kinder- und Jugendpsychiater auf die Gefahren und die unzureichenden medizinischen Rettungsmöglichkeiten bei einer CO-Vergiftung hinweisen. Für ganz NRW gibt es ständig nur zwei Betten für die Rettung und medizinische Behandlung von CO-Vergifteten. Somit sind für den schlimmsten anzunehmenden Unfall mit hunderten von Verletzten in Zone B nur zwei Behandlungsplätze vorhanden (s. Abbildung oben).*

*Verehrte Besucherinnen und Besucher der heutigen Aktionärsversammlung,*

*entlasten Sie sich, den Vorstand und die Geschäftsleitung des Konzerns mit Ihrer Aufforderung, dieses unsinnige, gefährliche Projekt zu stoppen.*

*Wir danken Ihnen, dass Sie sich die Zeit für die Lektüre genommen haben.*

*Mit freundlichen Grüßen*

*Dr. Gottfried Arnold, Dieter Donner, Dr. Walther Ensslin, Volkmar Jung  
Hilden*

**Rede von Dieter Donner, Pressekoordinator der Stopp-Bayer-CO-Pipeline Initiative auf der Aktionärsversammlung 29.04.2011:**

*Auch dieses Jahr haben langjährige, treue Bayer-Aktionäre und bürgerliche Unterstützer der "Stopp-Bayer-CO-Pipeline- Initiative" mir das Vertrauen geschenkt und die Möglichkeit gegeben, hier in ihrem Sinne zu ihren Mitaktionären zu sprechen.*

*Lassen Sie mich zunächst an Sie Herr Deckers und auch an den Aufsichtsratsvorsitzenden Schneider eine Frage stellen: "Was würden Sie als verantwortliche Führungskraft einem Qualitätskontrolleur antworten, der Ihnen auf das Ergebnis seiner Kontrollen sagt, er habe mit dem Anlagenführer zusammen alles richtig gemacht; nur das Ergebnis sei eben nicht so wie vorgegeben. Allerdings erwarte er dennoch, dass dieses Produkt vom Kunden akzeptiert werde, da es ihm gleichwertig erscheine?"*

*Sagen Sie bitte jetzt nicht, das sei eine Frage, die sich bei Bayer nicht stelle. Denn genau dies haben die Verwaltungsgerichte und neuerdings auch die Bezirksregierung an der von Ihnen zu verantwortenden CO-Pipeline vielfach festgestellt.*

*Das Gas Kohlenmonoxid, das Sie durch diese Pipeline leiten wollen, ist extrem heimtückisch und im Falle einer Leckage in seiner Wirkung durchaus Auswirkungen eines Atomunglücks vergleichbar. Von Ihrem "Projektleiter" stammt die Bestätigung, dass im Falle einer Havarie noch in etwa 800 Meter Entfernung von der Leitung die Menschen gesundheitlich schwerwiegend und sogar tödlich betroffen werden. Was besonders erschreckend daran ist: die Menschen werden überhaupt nicht gewarnt, weil dieses Gas nicht wahrnehmbar ist. Es ist farblos, geschmacklos und es gaukelt den betroffenen Menschen sogar vor, ausreichend mit Sauerstoff versorgt zu sein. Letztlich ersticken die Menschen, ohne sich noch wehren oder gerettet werden zu können. Das ist der CO-Super-Gau; zum einen in der Wirkung auf Bayers Image nicht nur in Bezug auf die CO-Pipeline, im Besonderen aber gegen Gesundheit und Leben der Menschen entlang der Bayer-CO-Röhre.*

*Eine gerade jüngst gefällte Entscheidung des VG Stuttgart zu einem Baustopp einer Ethylen-Pipeline, wie heute in der Bild-Zeitung zu lesen, sollte Ihnen Herr Deckers und den Aktionären zu denken geben. Dort war der Grund für den Baustopp der zu geringe Abstand zur Wohnung der Kläger. Bei der strittigen Distanz geht es um weniger als 350 Meter. Die Richter fanden diese Entfernung als Orientierungswert in einem Forschungsbericht der*



*Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung aus dem Jahr 2009 über "Risiken des Transports flüssiger und gasförmiger Energieträger in Pipelines".*

*Da die CO-Pipeline ohne Rücksicht auf diese Gefährdung in unmittelbarer Nähe sogar zu Schulen, Kindergärten und zu Wohnungen, teilweise sogar durch die Gärten, geplant und durchgedrückt wurde, machte sich Bayer schuldig und handelte dazu noch extrem schludrig in der Bauausführung, wie schon dargestellt.*

*Die zuständigen Feuerwehren und Rettungskräfte entlang der Pipeline weisen seit 2007 darauf hin, dass sie Verletzte aus dem CO-vergifteten Gebiet nicht retten können. Bayer vereinbarte mit der vorhergehenden Bezirksregierung in Düsseldorf lediglich einen Gefahrenabwehrplan, der sich einzig auf den Leitungsschaden, nicht aber auf die Rettung von betroffenen Menschen bezieht.*

*Der Bayer-Konzern hat zur Kenntnis genommen, dass ca. 170 Kinder- und Jugendärzte bzw. Kinder- und Jugendpsychiater auf die Gefahren und die unzureichenden medizinischen Rettungsmöglichkeiten bei einer CO-Vergiftung hinweisen. Für ganz NRW gibt es ständig nur zwei Betten für die Rettung und medizinische Behandlung von CO-Vergifteten. Somit sind für den schlimmsten anzunehmenden Unfall mit Hunderten von Verletzten nur zwei Behandlungsplätze vorhanden.*

*Leider zieht Bayer aus all diesem Versagen bisher keine geschäftlich und gesellschaftlich verantwortlichen Schlüsse: Dabei hat sich der ursprüngliche Überschuss von CO in Dormagen, als Grund für den Bau der CO-Pipeline angegeben, mittlerweile in eine Fehlmenge umgekehrt. Für die neue TDI-Anlage in Dormagen muss nun zusätzlich CO erzeugt werden. Durch den Protest der Bürger schon in 2007 sah Bayer sich veranlasst, damals die CO-Fertigung in Uerdingen zu modernisieren und war dann im Aufschwung des Jahres 2010 in der Lage die Zusatzmengen Polycarbonat an den boomenden Markt zu bringen. Das hat auch die Dividende der Aktionäre verbessert.*

*Im Bayer-Konzern wird mittlerweile über eine anderweitige Nutzung der Pipeline nachgedacht, allerdings traut man sich offensichtlich noch immer nicht, sich von diesem finanziellen und Image-Risiko Giftgas-Pipeline zu verabschieden. Seien Sie sicher; in dieser Frage werden Sie so nur Negatives erreichen! Wir werden mit den 110.000 Unterstützern unserer Forderung weiter kämpfen und die neuen Verfahren werden das Risiko für Bayer immer weiter steigen lassen.*

*Die uns beauftragenden Aktionäre und auch wir von der Stopp-Bayer-CO-Pipeline Initiative haben nichts gegen Bayer, sondern wünschen uns Bayer als gesellschaftlich verantwortungsvoll agierendes erfolgreiches Chemieunternehmen.*

*Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!*

**20. 04. 2011**

Das reale Restrisiko Atomkraft ist bei weitem noch nicht abgeklungen, da taucht auch die etwas abgetauchte CO-Pipeline wieder auf. Der "Zwischenbericht" der Landesregierung und die "Anträge des Versagens" von Bayer möchten wir Ihnen mit unserer Pressemitteilung vorstellen und dazu unsere Sicht erläutern. Zur weiteren Information haben wir Ihnen den Zwischenbericht und die darauf verfasste PM des Abgeordneten Giebels beigelegt.

**CO-Pipeline - Evaluierung des Rohrleitungsgesetzes verschoben / MdL Giebels: Landesregierung kneift!**

Presseinformation von Harald Giebels MdL, Rechtspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion / 15.04.2011

Der CDU-Landtagsabgeordnete für Erkrath und Hilden, Harald Giebels, kritisiert das Verhalten der Rot-Grünen-Landesregierung zur CO-Pipeline scharf. Anlass hierfür ist die Regelung in § 6 Absatz 2 des am 15. März 2006 vom Landtag Nordrhein-Westfalen beschlossene "Gesetz über die Errichtung und den Betrieb einer Rohrleitungsanlage zwischen Dormagen und Krefeld-Uerdingen (RohrLG)."

Hiernach war das Rohrleitungsgesetz bis zum 31. Dezember 2010 zu evaluieren. Laut Gesetz war die Landesregierung verpflichtet, die Auswirkungen des Gesetzes zu überprüfen und dem Landtag bis Ende des letzten Jahres zu berichten. Diese Frist hat die Landesregierung verstreichen lassen. Erst mit Datum vom 30. März 2011 und damit drei Monate nach Fristablauf gab die Landesregierung an den Landtag einen Zwischenbericht zur Evaluierung des Rohrleitungsgesetzes.

Der Abgeordnete und Rechtspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Harald Giebels, kritisiert diesen Zwischenbericht als unzureichend: "Die Landesregierung hat lediglich den Verfahrensablauf geschildert und die im Ergebnis schwammigen Aussagen des Rot-Grünen Koalitionsvertrages zur CO-Pipeline wiedergegeben."

Giebels kritisiert in diesem Zusammenhang die Rot-Grüne Landesregierung deutlich: "Eine konkrete Position gegen die CO-Pipeline enthält der Zwischenbericht nicht. Dies ist vor dem Hintergrund, dass im vergangenen Landtagswahlkampf insbesondere die Wahlkämpfer der Grünen einschließlich des jetzigen Umweltministers Johannes Remmel mit dem Versprechen, die CO-Pipeline zu verhindern, hier bei uns vor Ort auf Stimmenfang gegangen sind, für alle Pipeline-Gegner mehr als enttäuschend."

Offenbar will die Rot-Grüne-Landesregierung das Thema aussitzen: Die Landesregierung hat nun erklärt, den Landtag "im Jahr 2011" über die Auswirkungen des Rohrleitungsgesetzes abschließend zu berichten; zu einem konkreten Datum hat sich die Landesregierung aber nicht verpflichtet.

21. 02. 2011

### **Bayer bewegt sich - aus CO2 wird innovativ hochwertiger Kunststoff**

Donnerstag der 17. Februar 2011 könnte in die Geschichte des Bayer-Konzerns und auch NRWs eingehen. Der Konzern meldet, in Leverkusen zunächst eine Pilotanlage in Betrieb genommen zu haben, die aus dem umweltschädlichen Klimagas "Kohlendioxid-CO2" hochwertigen Kunststoff produziert ([www.presse.bayer.de](http://www.presse.bayer.de)).

Damit wird nicht nur das für die globale Erwärmung mitverantwortliche CO2 zu einem Rohstoff aller erster Güte. Auch Jahrzehnte alte Rezepturen, bei denen bisher giftige Gase wie Kohlenmonoxid zur Plastikproduktion zum Einsatz kamen, gelten schon bald als überholt. Oder anders ausgedrückt: Die Wohnbevölkerung im Gefahrenbereich der Bayer-Chemparks Leverkusen, Dormagen und Krefeld-Uerdingen kann demnächst befreit aufatmen, und Kohlenmonoxid- Pipelines, die jetzt noch das tückische giftige Gas durch unsere Städte schleusen sollen, werden zu Relikten einer ehemals lebensfeindlichen Industriekultur.

Wenn man bei Bayer jetzt, statt CO2 in die Atmosphäre zu pusten, dieses zu Kunst- und Dämmstoffen für unsere Häuser "recycled" ist das eine gute Nachricht. "Konkurrenten" in

Fernost, wie Asahi Kasei, können das schon länger und nicht nur als Pilotanlage. Die Produktionsmengen beim Bayer- Versuch liegen jetzt eher im Kilogramm-Bereich. Gegenüber 500.000 Jahrestonnen Plastik, wie es derzeit in NRW immer noch nach alten Rezepturen produziert wird, ist noch Einiges zu tun.

Aber Bayer hat sich bewegt und das schon vor Jahren mit Unterstützung der RWTH Aachen entwickelte Verfahren, gesponsert durch den Steuerzahler, endlich an den Start gebracht. Damit hat Bayer offenbar doch noch die Kurve gekriegt, um jenseits von "Greenwashing" ernst zu machen mit zukunftsfähigem Klima- und Menschenschutz.

Ob man Bayer zu dieser Entwicklung gratulieren kann? Wenn es sich um die von den Bürgerinitiativen schon 2007 und immer wieder geforderten Fortschritt zu innovativen Produktionsmethoden handelt, dann Ja. Allerdings sollte Bayer auch im eigenen Interesse die schnelle Umsetzung von der Pilotphase in die Regelproduktion meistern.

17. 02. 2011

### **Offene Baustellen allerorten - Bürgerinitiativen bleiben wachsam**

Mit den Bodensackungen im Umfeld der CO-Pipeline hat Bayer eine Baustelle mehr an der Pipeline. Ihre Ursache und die möglichen Auswirkungen sollen von Bayer unter Beteiligung von Sachverständigen und der Bezirksregierung untersucht werden, sobald die Wetterlage es zulässt. Dies verkündete Umweltminister Johannes Remmel in der heutigen Sitzung des Umweltausschusses und sagte einen neuen Bericht im Ausschuss zu, sobald das Ergebnis bekannt ist. In der Sitzung kamen auch die vielen anderen offenen Baustellen zur Sprache, an denen derzeit gearbeitet wird: das laufende Klageverfahren vor dem Verwaltungsgericht, das anstehende Änderungsverfahren der Bezirksregierung für die unzähligen Abweichungen vom Planfeststellungsbeschluss, die Korrosionsschäden an vier Abschnitten der Rohrleitung, für die immer noch ein Baustopp besteht und die noch nicht abgeschlossene Kampfmittelsondierung entlang der Leitung.

Alles andere also als eine fertige und betriebsbereite Anlage, was Bayer auf 67 km Länge zwischen Dormagen und Uerdingen mehr schlecht als recht verbuddelt hat. Die Bürgerinitiativen werden auch weiterhin wachsam ein Auge auf alle offenen Baustellen haben.

14. 02. 2011

### **Heute möchte ich auf zwei Termine aufmerksam machen:**

1. CO-Pipeline im Landtag - Landesregierung zu Erdabsenkungen

Im Umweltausschuss des Landtags wird wieder zur CO-Pipeline berichtet und diskutiert.

Mittwoch, 16. Februar 2011, im Raum E 1 - D 05, nachmittags, 15.00 Uhr

Als Tagesordnungspunkt 1.: Stand der Untersuchungen zu den aktuellen Erdrückungen an der Trasse der CO-Pipeline auf Erkrather und Ratinger Stadtgebiet - Bericht der Landesregierung

Wir werden wieder mit einer Delegation vertreten sein und die Stellungnahme der Landesregierung und die Diskussion interessiert verfolgen. Nachdem gestern auch Ministerpräsidentin Hannelore Kraft im Interview bei Phoenix - Vor Ort Sicherheitsprobleme der

CO-Pipeline angesprochen hat, erwarten wir eine lebhaftige Debatte über Ursachen und Auswirkungen der Erdabsenkungen und eventuell auch darüber hinaus.

2. Viktor Haase für Umweltminister Remmel bei der BUND-Kreisgruppe Mettmann in Hilden

Nicht nur Mitgliedern wollen wir die Möglichkeit geben, sich über die Arbeit der BUND-Kreisgruppe und die zukünftige NRW-Umweltpolitik zu informieren und darüber zu diskutieren.

Auf der Jahreshauptversammlung der BUND-Kreisgruppe Mettmann am Freitag, 18. Februar 2011 in der Cafeteria des Bürgerhaus, Mittelstraße 40, 40721 Hilden ab 18:30 Uhr werden auch wieder aktuelle Themen wie die CO-Pipeline, der Hochpfad im Neandertal oder die A44 zur Sprache kommen. Auch hierzu sind Gäste herzlich willkommen.

11. 02. 2011

### **CO-Pipeline Press - Neues Mitteilungsblatt der Bürgerinitiativen**

Im Nachwahljahr 2011 wollen wir unsere Informationsarbeit weiter intensivieren. Nach den "Dokumentationen für den Landtag" im Jahr 2008, dem "Großen CO-Pipeline-Spiel" in 2009 und dem "Pipeline-Lexikon für Anfänger und Fortgeschrittene" folgt nun ein weiterer Streich.

Mit der Ausgabe für Februar 2011 (siehe links) startet ein neues "parteilos unabhängiges Mitteilungsblatt der Bürgerinitiativen", das den Landtagsabgeordneten, Kommunalpolitikern, sonstigen Mandatsträgern und auch einem größeren Kreis interessierter Bürger zur objektiven Information dienen soll.

Mit flotter Schreibe werden auf 4 Seiten im handlichen DIN A5-Format aktuelle Probleme wie rätselhafte Löcher entlang der CO-Trasse behandelt und Sprücheklopfer, wie der gar nicht mehr so aktuelle ehemalige Bayer-Chef Wenning, kommen zu Wort.

Aber auch Hintergründe werden mit Beiträgen wie NRW: Land der Bekenner genauso beleuchtet wie IGBCE - Die (un-)heimliche Macht am Rhein.

Feste Rubriken dürften zwei Rubriken werden: Hall of Fame für Politiker gegen die CO-Pipeline als Menschen, die sich in den Dienst der Allgemeinheit stellen. Dagegen ist in der Hall of Shame der Platz für die Architekten der CO-Giftgasleitung, für Lobbyisten und politische Geisterfahrer.

Als Satire wird das Wahl-Angebot "Die Anderen - Wir stehen für eine Übergangsregierung zur Verfügung" angeboten. Angesichts der Diskussion um mögliche Neuwahlen in NRW im Jahr 2011 vielleicht gar nicht so unwirklich. Denn schon bei der Landtagswahl 2010 konnten unsere politischen Mitkämpfer gegen die CO-Giftröhre in den betroffenen Bezirken bemerkenswert viele Wählerinnen und Wähler für sich gewinnen.

Die erste Ausgabe ist rundum gelungen; informieren Sie sich und warten sie mit uns schon gespannt auf die nächsten Folgen.

12. 01. 2011

Sehr geehrte Damen und Herren,

statt sich an den guten Konjunkturdaten und dem gemeinsamen Skatspiel zu erfreuen, haben IHK - Präsident Lehner und Bayers-Ex-Chef Wenning beim Neujahrsempfang 2011 der Industrie- und Handelskammer Düsseldorf lieber über angebliche Widrigkeiten lamentiert.

Lesen Sie dazu unsere an den Fakten orientierte Pressemitteilung, bei der wir uns eine nette Empfehlung zum Neuen Jahr an die Alt-Manager nicht verkneifen wollten.

Wir wünschen Ihnen zunächst für das Neue Jahr die Erfüllung Ihrer Wünsche und wir hatten mit unserer Einschätzung unserer PM kurz vor Weihnachten wohl recht, dass auch 2011 wieder ein spannendes Jahr zu dem zündstoffreichen Thema CO-Pipeline werden dürfte.

Lamentierende Alt-Manager - zur CO-Pipeline Märchen statt Fakten!

Die beiden Altmanager und Skatbrüder Ulrich Lehner, früher Henkel-Chef und Werner Wenning, seit Ende letzten Jahres nicht mehr Bayer-Chef und nunmehr Aufsichtsratsvorsitzender bei EON lamentierten beim Neujahrsempfang 2011 der Industrie- und Handelskammer Düsseldorf auf hohem Niveau, aber an den Fakten vorbei.

Wenn jetzt Werner Wenning für das von ihm gestartete und desaströs gemanagte Giftgas-Projekt Planungssicherheit anmahnt, untergräbt er angesichts der Fakten zumindest die Glaubwürdigkeit und Akzeptanz von Bayer. Mehr als 200 Einzelabweichungen vom Planfeststellungsbeschluss, zum größten Teil ohne vorherigen Änderungsantrag und ohne Genehmigung eigenmächtig gebaut, pflastern den Weg dieses Wenning-Projektes schon über vier Jahre. Wenning und seine Beauftragten haben sich keinen Deut um die Planfeststellung gekümmert, sondern im Gegenteil Genehmigungsbehörde und Ministerium zu dem Bombenproblem sogar belogen. Das alles ist belegt und ausführlich berichtet.

Wenn dieses Projekt immer wieder als Leuchtturmprojekt "der" Industrie in NRW erscheinen soll, gerät der Vertrauensvorschuss und die Akzeptanz der gesamten Industrie in NRW in Gefahr. Das wäre doch bedauerlich, da besonders die mittelständische Industrie ein so wichtiger Faktor in unserem Lande ist. Man sollte deshalb endlich aufhören, ein völlig daneben gegangenes Projekt zur Nagelprobe der NRW-Industriepolitik hoch zu stilisieren. Besser wäre es, statt dessen dieses endlich begraben, damit der gute Ruf der Industrie in NRW nicht weiter in Mitleidenschaft gezogen wird.

Wenn Wenning und Lehner weiter die NRW-Industrie vor ihren Schrott-Karren zu spannen versuchen, dann möchten sie nur darüber hinwegtäuschen, dass der Widerstand und die Stopps bei Projekten wie der CO-Pipeline und dem Kraftwerk Datteln in rechtswidrigen Planungen und Handlungen ihre Ursache hatten.

Statt weiter mit Lügenmärchen vom Untergang der NRW-Industrie durch Bürgerproteste zu lamentieren, sollten die beiden Herren sich doch lieber am Skat-Spiel erfreuen!